

EDITORIAL

Dynamik des Ostseeraums

Die konjunkturelle Dynamik des Ostseeraums lässt nach. Die weltweite Finanzmarktkrise hat nicht nur Deutschland und die skandinavischen Länder, sondern auch die Staaten Mittel- und Osteuropas vor dem Abschwung nicht verschont. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) rechnet im „Transition Report 2008“ für 2009 mit einem Wirtschaftswachstum in dieser Region mit bescheidenen 2,2 Prozent – nach einem guten Jahr 2007 bei 6,3 Prozent und 4,3 Prozent in diesem Jahr. Gerade für die deutschen Bundesländer im Norden sind die sich stark und dynamisch entwickelnden Transformationsstaaten des Ostseeraums von großer Bedeutung. Das hohe Bildungsniveau der Bevölkerung der östlichen Nachbarn stellt eine Chance für eine wissensbasierte Wirtschaftsentwicklung des Ostseeraums zu einem großen Wirtschaftsmarkt dar. Einen wesentlichen Beitrag dazu könnte auch eine schnelle Währungsintegration dieser Länder zur Euro-Zone leisten. Schließlich hat die aktuelle Finanzmarktkrise nicht nur in den neuen EU-Mitgliedstaaten, sondern auch in Dänemark oder Schweden zur wachstumshemmenden Aufwertung der heimischen Währung geführt. EL

IN DIESER AUSGABE

**Kleine und mittlere Großstädte:
Vielfältige Impulsgeber im
Ostseeraum** Seite 1/2

**Familienpolitik ist
Wirtschaftspolitik** Seite 3

**Ausländische Ärzte in Deutschland:
Brain Waste?** Seite 4

OSTSEERAUM

Kleine und mittlere Großstädte: Vielfältige Impulsgeber im Ostseeraum

Kreativität und Wissen gelten heute als die „Rohstoffe der Zukunft“. Vor allem Städte verfügen über diese Potenziale, deshalb kommt ihnen eine wichtige Rolle für den wissensbasierten Strukturwandel zu. Das HWWI und PricewaterhouseCoopers haben in einem gemeinsamen Projekt untersucht, wie die Ostseestädte für diese Entwicklungen gerüstet sind und welche Gestaltungsmöglichkeiten Stadtentwicklungspolitik in diesem Zusammenhang hat. Von Astrid Könönen und Silvia Stiller

Für eine auch zukünftig dynamische Entwicklung des europäischen Wirtschaftsraums werden erfolgreiche Großstädte als Wachstumsmotoren gebraucht, die sich mit ihren umliegenden Regionen als attraktive Standorte behaupten können. Um sich erfolgreich im internationalen Standortwettbewerb zu positionieren, müssen Städte mit ihren Eigenarten nicht nur anziehend auf wissens- und forschungsintensive Unternehmen wirken, sondern gleichzeitig für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland ein hochwertiges Lebensumfeld bieten. Deshalb sind es gerade attraktive und ökonomisch leistungsfähige Städte, welche die Entwicklung ihres gesamten Landes zur Wissensökonomie vorantreiben.

Auch für die Weiterentwicklung des Ostseeraums ist es ein aktuelles Erfordernis, dass der strukturelle Wandel zu höherwertigen Wirtschaftsbereichen voranschreitet. Dabei ist es von hoher Relevanz, dass diese Entwicklung angepasster Rahmenbedingungen bedarf. Die aktuelle Studie untersucht die für die Entfaltung der Wissenswirtschaft grundlegenden Standortbedingungen und beantwortet die Frage, ob das Konzept der „kreativen Stadtentwicklung“ auf kleinere und mittlere Großstädte in Europa übertragbar ist. Die Analysen be-

ziehen sich auf neun kleinere und mittlere Großstädte im Ostseeraum, deren Einwohnerzahl zwischen 110.000 und 730.000 Menschen liegt: Århus (Dänemark), Gdansk (Polen), Kiel (Deutschland), Riga (Lettland), Rostock (Deutschland), Tallinn (Estland), Turku (Finnland), Umeå (Schweden) und Vilnius (Litauen) (siehe Karte).

Auch wenn die analysierten Städte sich hinsichtlich ihrer Größe deutlich unterscheiden, so sind sie gleichwohl von hoher Bedeutung für die Entwicklung der sie jeweils umgebenden Regionen. Dies zeigt die Konzentration von wirtschaftlichen Aktivitä-



ten und der Bevölkerung in den analysierten Staaten deutlich. Besonders hoch sind die Bedeutungen der baltischen Hauptstädte als ökonomische Zentren für ihre jeweiligen Länder. In Tallinn werden 59,3 Prozent des estnischen Bruttoinlandsproduktes (BIPs) produziert; in Riga beträgt der Anteil am nationalen BIP 57,4 Prozent und in Vilnius 35,9 Prozent. In Århus und Turku wird jeweils knapp ein Zehntel des nationalen BIPs produziert. Aber auch Kiel und Rostock haben eine wichtige Funktion für die Entwicklung des Wirtschaftsraums, in den sie eingebettet sind. Es entfallen auf sie 12,1 Prozent bzw. 15,4 Prozent des BIPs des jeweiligen Bundeslandes. In Umeå – der kleinsten Stadt im Sample – entsteht ein Viertel des BIPs der Region Övre Norrland.

Für die dynamische Stadtentwicklung und die erfolgreiche Positionierung der Zentren als Wissensstandorte sind – dies zeigen regionalökonomische Analysen – die weichen Standortbedingungen, wie Innovationsfähigkeit, Wissen und Offenheit, von entscheidender Bedeutung. Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass diese Standortbedingungen in den Ostseestädten sehr unterschiedlich ausgeprägt sind und dass sie spezifische Potenziale für wissensbasiertes Wachstum aufweisen. Gleichwohl prägt die wachsende Bedeutung wissensintensiver Wirtschaftsbereiche die Entwicklung aller analysierten Städte. Es zeigt sich, dass – wenngleich das Konzept der kreativen Stadtentwicklung grundsätzlich auch auf den Ostseeraum angewandt werden kann – es einer Anpassung der Standortgestaltung auf die spezifischen Erfordernisse einer jeden Stadt bedarf. Welche Wachstumschancen für jede einzelne Stadt im Rahmen des wissensbasierten Strukturwandels bestehen, hängt letztlich von deren spezifischen Standortvor- und -nachteilen, ihrer Wirtschaftsstruktur sowie der Ausgestaltung der Standortpolitik ab. Es kristallisieren sich im Hinblick auf ihre für das wissensbasierte Wachstum maßgeblichen Potenziale drei Städtegruppen heraus.

Turku, Umeå und Århus schneiden bei der Bewertung aller drei untersuchten Stand-

ortbedingungen gut bzw. sehr gut ab. Die drei Städte verfügen über exzellente Universitäten mit weltweitem Renommee. Die Wirtschaftsförderung ist auf wissensintensive Branchen ausgerichtet und die Affinität zur Anwendung neuer Technologien ist hoch. Überall gibt es einen effektiven Wissenstransfer zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf der einen und den Unternehmen auf der anderen Seite. Die Attraktivität dieser Städte wirkt sich positiv nicht nur auf die ökonomische Dynamik, sondern auch auf die Bevölkerungsentwicklung aus. Das Beispiel Umeå zeigt klar, dass für die systematische Stärkung der drei Standortbedingungen weder eine städtische Mindestgröße noch eine zentrale geografische Lage erforderlich sind.

Die drei Städte Kiel, Rostock und Tallinn etablieren sich zunehmend als Wissensökonomien, schneiden allerdings bei manchen Standortbedingungen im Vergleich zu Turku, Umeå und Århus nicht ganz so gut ab. Kiel und Rostock verfügen durch ihre Universitäten und zum Teil exzellenten Forschungseinrichtungen vor allem bei der Standortbedingung Wissen über gute Voraussetzungen und nutzbare Potenziale. Tallinn befindet sich ebenfalls in dieser Gruppe, weil die Dynamik des Aufholprozesses im letzten Jahrzehnt in dieser Stadt deutlich höher war als in Vilnius, Riga und Gdansk. Darüber hinaus ist Tallinn der führende Technologiestandort in den Baltischen Staaten und es zeigen sich dort deutlich Ansätze für die Etablierung technologiebasierter Cluster. In Kiel, Tallinn und Rostock haben sich in den vergangenen Jahren die Einwohnerzahlen stabilisiert. Die prognostizierten Bevölkerungsrückgänge für die nächsten Jahrzehnte sind allerdings ernst zu nehmende Hinweise, denn eine schrumpfende Bevölkerung reduziert auch die kritische Masse für wissensbasierte Entwicklungen und das Arbeitskräfteangebot.

Die Analyse verdeutlicht für Riga, Vilnius und Gdansk die Stärken und Schwächen aller Städte in umfassenden Transformationsprozessen. Der Strukturwandel von arbeitsintensiven hin zu wissensintensi-

ven Industrien stellt diese Städte vor neue Herausforderungen. In den drei Städten ist ein hohes Wissenspotenzial vorhanden, welches allerdings noch nicht optimal zum Tragen kommt. Der Ausbau und die Förderung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems sind entscheidende Voraussetzungen, um den Wandel zu Wirtschaftsbereichen mit hoher Wissensintensität zu unterstützen. Die in Vilnius leicht, in Riga deutlicher ausgeprägten Bevölkerungsverluste wirken sich negativ auf die Wachstumsperspektiven der Städte aus. In Gdansk hingegen ist Braindrain kein akutes Problem mehr.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Trends sowie die zukünftigen Herausforderungen lässt sich als Resümee festhalten: **Auch die kleineren und mittleren Großstädte im Ostseeraum werden aufgrund des Strukturwandels von arbeitsintensiven hin zu wissensintensiven Industrien und Dienstleistungsbereichen ihre wissensbasierten Wirtschaftsstrukturen ausbauen und ihre Stadtentwicklung darauf ausrichten müssen.** Zwar gibt es kein Patentrezept für einen erfolgreichen wissensbasierten Strukturwandel, notwendige Erfolgsbedingung ist jedoch eine Strategie, die sämtliche harte und weiche Standortfaktoren aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur, aber auch soziale Aspekte und internationale Vernetzung einbezieht. Für eine derartige integrative Stadtentwicklungspolitik gibt es bereits zahlreiche Erfolgsmodelle im Ostseeraum. Konsequenter verfolgt diesen ganzheitlichen Ansatz Turku. Auch Århus und Umeå haben ihre Stadtentwicklungspolitik auf die weichen Standortfaktoren ausgerichtet und konzentrieren ihre Maßnahmen auf die kreative Stadtentwicklung.

STUDIE

A. Könönen, R. Köster, T. Lenné, N. Reich, O. Rohde, S. Stiller, J. Wedemeier (2008): Zukunftschance Kreativität. Entwicklungspotenziale von Städten im Ostseeraum, PwC/HWWI, Frankfurt am M./Hamburg. Zweitausende, Bezug per E-Mail unter publikationen@hwwi.org.

Familienpolitik ist Wirtschaftspolitik

Lange galt Familienpolitik als Nebensache. Sie wurde als Teil der Sozialpolitik mal als Frauen- und mal als Kinderpolitik, aber meistens als Politik der milden Gaben behandelt. Diese verengte Perspektive hat sich erst in den letzten Jahren geändert. Zunehmend wird nun Familienpolitik als wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik verstanden. Das ist gut so. Denn es gibt eine Reihe überzeugender Gründe, um Familienpolitik auf der wirtschaftspolitischen Agenda ganz nach oben zu bringen. *Von Thomas Straubhaar*

Mit Blick auf die demografische Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung zeichnet sich schon lange ein Fachkräftemangel in Deutschland ab. Immer mehr Betriebe suchen nach gut qualifiziertem Personal. Neben Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund sind Frauen eine bei Weitem nicht ausgeschöpfte Quelle. Um Frauen jedoch in den Erwerbsprozess einbinden zu können, braucht es eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Davon würden nicht nur die Frauen profitieren. Ebenso haben Betriebe einen mikroökonomischen Nutzen, wenn sie ohne viel zusätzliche Ausbildungs- und Rekrutierungskosten gut qualifizierte Mitarbeiterinnen finden. Schließlich jedoch gewinnt auch die Volkswirtschaft insgesamt: die durchschnittliche Produktivität steigt, die Steuereinnahmen nehmen zu und die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich.

Der Einbezug gut qualifizierter Frauen wirkt sich positiv auf den Bestand an Humankapital aus. Da Humankapital als einer der wesentlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Dynamik einer Volkswirtschaft betrachtet wird, verbessern sich dadurch generell die Wachstumsvoraussetzungen. Ebenso positiv auf die Produktivitätsentwicklung würde sich niederschlagen, dass sich Frauen in ihrer multiplen (und gleichzeitigen) Rolle als Mutter und Berufsfrau spezielle Qualitäten der Problemlösung aneignen und zudem soziale Kompetenzen erlangen, die sich gerade in einer heterogener werdenden Arbeitswelt gut einsetzen ließen.

Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung ist eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie der Schlüsselfaktor für die Bereitschaft junger Frauen, eine Familie zu gründen. Denn die Geburtenhäufigkeit lei-

det nur vordergründig unter der hohen Frauenerwerbstätigkeit. Schaut man genauer hin, wird klar, dass Länder, die in punkto Vereinbarkeit Vorreiter sind, gleichzeitig auch die höchsten Geburtenraten haben.

Erwerbstätige Frauen leisten über ihre Steuern und Lohnabgaben einen positiven Beitrag zur Finanzierung der Staatskassen. Diese Effekte werden mit Blick auf die demografischen Prozesse vor allem für die Finanzierung der Renten von Bedeutung werden. Eine erhöhte Frauenerwerbsquote würde den Quotienten von Einzahlenden zu Auszahlenden verbessern und die Pro-Kopf-Belastung senken helfen.

Alleinerziehende Mütter und ihre Kinder sind relativ stark gefährdet, in relativer Armut leben zu müssen. Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigen, dass Länder mit einem ausgebauten Angebot an außerhäuslicher Kinderbetreuung nicht nur die höchsten Mütter-Erwerbstätigenquoten, sondern auch die geringste Kinderarmut aufweisen (Deutschland liegt in dieser Statistik derzeit im Mittelfeld). Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern heißt daher auch, Armut vorzubeugen: Armut der Frauen und Armut der Kinder.

Auf einer Pressekonferenz am 27. Oktober 2008 stellten die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und der Direktor des HWWI, Prof. Dr. Thomas Straubhaar, den Arbeitsbericht zum Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ vor. Informationen über die HWWI-Arbeitsgruppe „Familienökonomie“, die sich mit den aktuellen Aspekten der deutschen Familienpolitik befasst, finden Sie auf unserer Website unter www.hwwi.org/Familienoekonomie.5765.0.html.

Familienpolitik muss besonders stark darauf ausgerichtet sein, dass sich Armut und ungleiche Bildungschancen nicht vererbten. Gerade ein verbesserter Einbezug der Frauen, gemäß ihrer bestehenden Qualifikationen, hilft auch alleinstehenden Frauen, aus eigener Kraft eine bessere (finanzielle) Grundlage für die Bildung ihrer Kinder zu erlangen.

Firmen, die für ihre Mitarbeiterinnen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, haben bessere Chancen, gut qualifizierte Frauen für ihren Beruf rekrutieren zu können. Die Attraktivität von Firmen bei der Rekrutierung von Frauen wird um so wichtiger, je knapper das Reservoir qualifizierter Fachkräfte als Folge der demografischen Alterung und Schrumpfung der deutschen Gesellschaft werden wird. Dabei ist zu beachten, dass sich eine Firma die Reputation, familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse anzubieten, über lange Zeit erarbeiten muss. Anders formuliert: die Familienfreundlichkeit von heute, wird möglicherweise erst morgen ihre Früchte tragen. Aber: eine kurzfristige Aktion erst, wenn die Not an Fachkräften nicht mehr anders zu beheben ist, wird nicht funktionieren.

Zusammengefasst wird deutlich, dass eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine erhöhte Erwerbsquote von Frauen, entsprechend ihrer Qualifikationen, für die Zukunft der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowohl aus mikro- als auch makroökonomischer Sicht von strategischer Bedeutung ist. Es geht nicht mehr nur darum, den betroffenen Frauen mit einer familienfreundlichen Politik „etwas Gutes“ tun zu wollen. Längstens ist eine gute Familienpolitik unverzichtbarer Bestandteil einer guten Wirtschaftspolitik.

Ausländische Ärzte in Deutschland: Brain Waste?

Fachkräftemangel und steigender Bedarf an Hochqualifizierten kennzeichnen die Situation in einigen Sektoren auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Auch im Gesundheitssektor wird seit geraumer Zeit von Ärztemangel gesprochen. Aktuelle Studien führen dies unter anderem auf die Überalterung der Ärzteschaft, die Auswanderung junger Ärzte und den Nachwuchsmangel zurück. Gleichzeitig weisen Experten aufgrund der demografischen Entwicklung auf den wachsenden Bedarf an Gesundheitsdienstleistungen hin.

Von Sakura Yamamura und Tanja El-Cherkeh

Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ist ein mögliches Instrument, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. In diesem Zusammenhang wurde durch das neue Zuwanderungsgesetz Studierenden aus dem Ausland die Möglichkeit eröffnet, nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen. Im Vergleich zu Graduierten aus dem Ausland hat dies den großen Vorteil, dass es keine Schwierigkeiten bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen gibt. So sollte man meinen, dass Drittstaatsangehörige, die ihr Medizinstudium in Deutschland beendet haben, eine willkommene Stärkung des Fachkräftepools darstellen. Dem ist jedoch nicht so, denn sie sind mit kaum überwindbaren Barrieren am deutschen Arbeitsmarkt konfrontiert.

Laut Bundesärzteordnung (BÄO) ist die Approbation grundsätzlich Deutschen und EU-Staatsangehörigen vorbehalten. Ärzte aus Drittstaaten, obgleich sie ihr Medizinstudium in Deutschland absolviert haben, können lediglich einen „Antrag auf vorübergehende Erteilung der Berufserlaubnis nach §10 BÄO“ bei der zuständi-

gen Gesundheitsbehörde stellen. Eine Berufserlaubnis ist widerruflich und wird bis zu einer Gesamtdauer von höchstens vier Jahren erteilt. Eine weitere Verlängerung kann im Fall einer ärztlichen Weiterbildung zum Facharzt ermöglicht werden, wenn diese in der oben genannten Frist nicht beendet werden konnte, jedoch darf sie drei Jahre nicht überschreiten. Darüber hinaus ist die Berufserlaubnis örtlich und auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen begrenzt – und schließt damit häufig leitende Positionen aus.

Ausnahmen über die oben beschriebenen maximale sieben Jahre Berufserlaubnis können dann gemacht werden, wenn ein „öffentliches Interesse der ärztlichen Versorgung in der Bevölkerung“ besteht, was trotz des Ärztemangels nur schwer nachzuweisen ist. Darüber hinaus können die Asylberechtigung und die Heirat mit einem(r) Deutschen bzw. EU-Staatsangehörigen zu einer Verlängerung führen.

Nachfragen des HWWI bei Gesundheitsbehörden in unterschiedlichen Bundesländern haben ergeben, dass in der Verwaltungspraxis trotz Möglichkeit einer flexiblen Handhabung die Grundmaßgaben bei der Erteilung von Berufserlaubnissen und deren Verlängerungen strikt Anwendung finden. Dies bedeutet, dass grundsätzlich keine unbefristete oder zeitlich bzw. örtlich uneingeschränkte Berufserlaubnis per se erteilt wird.

Wie viele ausländische Ärzte in dieser Situation sind, ist unklar, da entsprechende Daten nicht erhoben werden. Die Statisti-

ken zu ausländischen Ärzten in Deutschland basieren auf Nationalität und beziehen daher den Qualifizierungsort nicht mit ein. Unabhängig von der Anzahl der betroffenen Ärzte handelt es sich jedoch um ein grundsätzliches Problem. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten über die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern stellt sich auch hier die Frage, inwiefern das bereits vorhandene Humankapital in Deutschland effektiv genutzt wird. „Jeder dieser Ärzte, die ins Ausland gehen, nimmt ja ein Studium im Wert von 300.000 Euro mit, die der deutsche Steuerzahler bezahlt hat“, so Frank Montgomery, Vizepräsident der Bundesärztekammer und Präsident der Ärztekammer Hamburg. „Jemand, der (als Drittstaatsangehöriger) in Deutschland sechs Jahre studiert hat, der vielleicht sogar vorher eine Zeit lang in Deutschland gelebt hat (oder hier geboren ist), ... kriegt eben nur eine eingeschränkte Berufserlaubnis – das halte ich für absolut grotesk, das sollte man ändern“.

So wäre die Erteilung einer unbefristeten Berufserlaubnis, auch wenn sie bei weitem noch nicht einer Approbation entspricht, zumindest ein erster Schritt in Richtung effizienterer Umgang im Hinblick auf den derzeitigen Brain Waste im Gesundheitssektor.

POLITIKBERATUNG der MRG

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des HWWI, ist seit Oktober 2008 Mitglied des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (www.svr-migration.de).

Prof. Dr. Rainer Münz, Senior Research Fellow der Migration Research Group (MRG) im HWWI, ist seit Oktober 2008 Mitglied im „Rat der Weisen“ der Europäischen Union.

HWWI DOSSIER

Das HWWI baut zurzeit ein Forschungsschwerpunkt im Bereich „Migration und Gesundheit“ aus. Unsere Literatursammlung zum Thema „Zuwanderungsdebatte in Deutschland“ finden Sie auf unserer Website unter: www.hwwi.org/Zuwanderungsdebatte.1885.0.html.